

3993 24677
1266 42024
3265 55290
5775 68111
0343 83696
1903 3402
549 14860
9883 30517
704 37011
412 45162
842 55830
097 66980
857 75595
533 90574

Erste Vera-
ridert, der
den für das
bemerk der
Speriden ein-
Preußen nicht
zweijähriger
Der Finanz-
r habe sagen
gefühlt wür-
dieselben für
cht mit einer
nseitigen Ein-
die Regelung

achtragsstat
commissionen
atsstelle im
seccionisten,
bung himm-
on 400 000
ern ging auf
zurück, die
ms wurden

thor.
General-
s 5 Uhr

prorechnung.

usses

rie
Fendorf.
Jan. 1881,
rie

Nürnberg.
ebr. 1881.
00, 10,000
N.

atterie.
amburg.
ebr. 1881.
00, 5000
3 M.

inne.
gabaten.
März 1881.
a 12,000,
3 M.

er,
Freiburger
sehlen
feldorf,
fr. Gde.

feldorf,
ren 2c.

r I
Zäulen,
hre,
Sys,
ortland.

chiever,
schkeff,
lungen,
ebe,
kten,
sfer,
den,
2c.

Nr. 20.

Mittwoch, 26. Januar (Polykarpus.)

1881.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17 1/2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Jos. Glä.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: F. W. Schmitz.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder
deren Raum 15 Pf. = 1 1/2 Sgr.

Abonnements

für die Monate Februar und März

zu 1/2 des Quartalspreises, können bei allen Postanstalten, bei
unseren Voten, sowie in der Expedition angemeldet werden.

Gesellschaft für Buchdruckerei:
Joseph Broix. P. M. Schmitz

Neu hinzutretende Abonnenten erhalten die
Januar-Nummern des „St. Quirin-Blattes“
gratis nachgeliefert.

Landtagsverhandlungen.

GPC. Berlin, 24. Jan. Das Abgeordnetenhaus
berath heute in erster Lesung zwei Nachträge zum Staats-
haushaltsetat, von denen der eine für Bureaubedürfnisse
und Dienstgebäude 1659 150 M., der andere für Unterhaltung
von Deichen 408 000 M. forbert. — Abg. Richter wies bei
dieser Gelegenheit darauf hin, daß aus den häufigen Nachtrags-
forderungen doch auf das Evidenteste klar gelegt werde, daß an
zweijährige Budgetperioden, für welche sich Preußen im Reich
engagirt, veränderungsweise nicht gedacht werden dürfe. — Abg.
Dr. Windthorst erklärte, so lange der Cultuskampf dauere,
niemals für zweijährige Budgetperioden stimmen zu wollen, da
das Centrum seine Klagen nicht oft genug vorbringen könne. —
Der konservative Abg. von Heydebrand wollte mit seinen
Freunden der Einführung zweijähriger Budgetperioden nicht prinzi-
piell entgegenstehen, während Abg. Dr. Birchow von ihnen
noch mehr Schwierigkeiten fürchtete, als jetzt schon vorhanden
seien, und es für die natürliche Reihenfolge hielt, daß zuerst der
Reichstag und dann die Landtage tagten. — Finanzminister
Bitter meinte einfach, die Angelegenheit sei in diesem Hause
nicht zu erörtern. — Die Nachträge gingen an die Budget-
commission. — Sodann berath das Haus in zweiter Lesung die
noch rückständigen Etatspositionen. — Beim Etat des Finanz-
ministeriums wurden 20 000 M. zur Remuneration und Unter-
stützung der außerordentlichen Mitglieder der Regierungen ge-
strichen. — Abg. Richter wollte auch die für einen neuen vor-
tragenden Rath bei der Verwaltung der direkten Steuern be-
stimmten 8700 M. gestrichen haben, indem er hervorhob, daß
die direkten Steuern ja immer mehr abgemindert werden sollten,

also keine neue Arbeitskraft nöthig sei. — Nach längerer Dis-
kussion, in der die Abgg. Dr. Windthorst, Febr. v. Minnig-
rode und von Benda für die Position eintraten, während die
Abgg. Büchtemann und Dr. Hänel dieselbe bekämpften, und
in der u. A. der Finanzminister Bitter in erregter Weise die
Neußerung des Abg. Hänel, daß Preußen in seinen finanziellen
Reformprojekten lediglich den Anforderungen des Reichstanzlers
folge, zurückwies, da die Preussische Verwaltung durchaus selbst-
ständig sei, wurde dieser Antrag abgelehnt. — Bei dem Titel
Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten u. s. w.
wurden 20 000 M. für außerordentliche Mitarbeiter gestrichen. —
Abg. Febr. von Heeremann beantragte bei dieser Gelegenheit,
9759 M. Mehrforderung, die durch die in Folge der Reorganisa-
tion eingetretene Umwandlung der 6 bisherigen Regierungs-
Vizepräsidentenstellen in wirkliche Regierungs-Präsidentenstellen
notwendig geworden, zu streichen, indem er hervorhob, daß man
nicht nöthig habe, wenn man Beamtengehälter erhöhen
wolle, man zunächst bei den unteren Beamten anfangen solle.
Die Umwandlung der genannten Stellen bedinge noch keine
erhöhte Befoldung; die Stellung sei im Wesentlichen nicht geändert
und die Geschäfte nicht schwieriger, sondern eher geringer ge-
worden. — Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem Finanzminister
Bitter sich dagegen erklärt. — Der Titel 6 „Pauschquan-
tum zu Dispositionsgeschäften 400 000 M.“ wurde an die
Commission zurückverwiesen, indem besonders geltend gemacht
wurde, daß Beamtenvermehrungen eingetreten seien oder doch
eintreten müßten, wogegen Finanzminister Bitter betonte, daß
eine völlige Umwandlung in Bezug auf die Beamtenstellen nur
erfolgen könne mit Einführung des Competenzgesetzes, übrigens
in den letzten 6 Jahren 41 Stellen eingegangen seien. — Im
Etat des Cultusministeriums sind für Befoldungen von
181 Kreis- und Schulinspektoren 814 500 M. ausgeworfen, mit
dem Bemerk, daß Einsparnisse zu Remunerationen für kommis-
sionäre Schulinspektoren und Schulinspektoren im Nebenamt ver-
wendet werden sollen. — Abg. Weber (Schrift) beantragte, die
Einsparnisse nur erst dann zu Gunsten kommen zu lassen, während die
Commission beantragt, die getrennt aufgeführten Titel „zur Re-
muneration für kommissionäre Verwaltung von Schulinspektionen“
und „zu zeitweiligen Remunerationen für Schulinspektionen im
Nebenamt“ zu vereinigen und die Einsparnisse zur Verstärkung
des so entstandenen Titels zu verwenden. — Abg. Dr. Birchow
meinte, man dürfe etatmäßige Gelder dadurch, daß man Stellen
freistelle, wie es der Cultusminister bei den Schulinspektoren thun
zu wollen scheine, nicht zur Schenkung an andere Personen ver-
wenden; das widerspreche dem alten preussischen Finanzprinzip;
mindestens müsse die Neuierung, die man vornehmlich andahnen
zu wollen scheine, auf legalen Wege eingeführt werden. — Reg.-
Commissioner v. Zastrow sagte geistliche Regelung zu, wenn es

möglich würde; diese Vertheilung sei zwar gegen das Allherge-
brachte, doch werde Niemand bestreiten können, daß die Geistlichen,
die das Schulinspectorat übernahmen, wenigstens für ihre Aus-
gaben entschädigt werden müßten; jede definitiv eingegangene
Schulinspektoratsstelle werde im Etat vermerkt werden. — Abg.
Febr. von Heeremann sprach den Wunsch aus, allmählig die
Schulinspektion in die Hände von Geistlichen zu bringen, wenn er
auch nicht die jetzt thätigen Inspektoren augenblicklich aus dem
Amte entfernen wolle. Das Zusammengehen von Staat und
Kirche auf dem Gebiete der Schule habe früher segensreich ge-
wirkt. Bei der Einführung der weltlichen Schulinspektoren in
Folge des Cultuskampfes sei es der Regierung nicht möglich ge-
wesen, tüchtige Kräfte in genügender Anzahl zu finden. Daher
mußten einige Stellen kommissarisch besetzt, andere vorläufig offen
gelassen werden, und so sei die Latitüde bei der Etatsposition
entstanden. Diese halte er für nöthig, um die Inspektion allmäh-
lig wieder an die Geistlichen gelangen zu lassen; deshalb stimme
er für den Commissionsantrag.

Abg. Platen priß die weltlichen Schulinspektoren als allein
befähigt die Schulaufsicht zu führen; Geistliche thäten dies oft
nur mit Widerwillen. Die Stellung der Localschulinspektoren sei
vielfach unklar und oft betraue man Leute mit dem Amt, die
von Schulfachen nichts verständen. Abg. Graf Clairon
v. Haussonville sprach Namens seiner Partei den Wunsch
aus, daß der Geistlichkeit die Localschulinspektion erhalten werde.
Im weiteren Verlauf der Debatte bemerkte noch Cultusminister
v. Puttkamer, daß für das Minimum von 2400 M. sich nicht
immer geeignete Kräfte für die Kreis- und Schulinspektionen finden
ließen; eine Erhöhung der Remuneration sei nöthig, hänge aber
von der Finanzlage ab. — Der Commissionsantrag wurde an-
genommen, worauf sich das Haus auf morgen 11 Uhr vertagte
zur Fortsetzung der Berathung des Etats und des Antrags Richter.
Der heutigen Sitzung wohnte Fürst Bismarck etwa eine Viertel-
stunde an. Schluß 4 1/4 Uhr.

Deutschland.

Berlin 24. Jan. Die national liberale Frac-
tion hat einstimmig beschlossen, gegen den Minni-
gerode beantragten dauernden Steuerlaß zu stimmen. Die
Gründe für diesen Beschluß sind nach der „Köln. Ztg.“
folgende:

„Der ganze Vorichlag der Regierungen ließe auf nichts an-
deres heraus als auf ein Wahlmandat. Ob andere Parteien
den Drang fühlen möchten, diesen Coup zu machen, die
national liberale Partei könne und dürfe nach ihrer Tradition
einer solchen Politik nicht zustimmen. Es werde von allen

Ohne das kleine Opfer meines Hochmuths, meiner Eigenliebe
— was wäre ich jetzt? Ein von der Kirche abgefallener
Priester! — und bis wohin führt der Abfall von göttlicher
Wahrheit im Verfall am tragenden Hochmuth im Dienste
der Lüge?“

Der Professor athmete schwer auf, faltete die Hände und rief
mit der tiefsten, dankbarsten Ueberzeugung: „Gott sei ewig Dank,
daß ich mein Geisteskind verbrannt habe!“

Der Geheimrath war auf's Tiefste ergriffen, jedes Wort griff
in seine innerste Seele, berührte seine geheimsten und heftigsten
Kämpfe. Welche Bedeutung lag in dem kleinen Worte: „Opfer“
auch für ihn.

„Veten Sie für mich, mein Freund, daß auch ich mein Opfer
bringe, meinen Hochmuth, meine Eigenliebe, meinen Eigensinn
von den Flammen göttlicher Herrschaft verzehren zu lassen.“

„So ist's recht!“ und der Priester machte das Kreuzzeichen auf
die hohe, intelligente Stirne des Freundes, der ihn in tiefer Er-
regung verließ: denn es drängte ihn allein zu sein — allein mit
Gott — um zu bitten wie ein Kind den Vater, wie ein Diener
den Herrn bittet, wie ein Mensch betet — Gott gegenüber

Vier Wochen später schrieb der Geheimrath an Elisabeth:

„Wie viel ich Ihnen zu danken habe, läßt sich nicht
„ausprechen, und doch werden Sie es verstehen, weil Sie
„die Größe des Segens und das Glück des Glaubens er-
„fassen. Mein verschwommenes, unkräftiges und doch drän-
„gendes Verlangen danach wäre ohne Ihre Aufmunterung
„und Anregung nie zur frischen frohen That geworden. Ich
„bin glücklich, weil ich glaube, weil ich mich als lebendiges
„Glieb der Kirche fühle, die eine Säule und eine Grund-
„feste der Wahrheit ist. Mögen die Schwankungen rings
„umher auch Erschütterung gar vieler Dinge herbeiführen,
„wir stehen geborgen in dem Bau des Felsens, den auch
„die Stürme der Hölle nicht überwinden. Wenn dieser
„Glaube es verlangte, Ihnen zu entsagen, ich würde es
„mit blutendem Herzen und dennoch ohne Jögern thun. Wie
„lebe verstehe ich Sie — jetzt, und wie glücklich bin ich,
„daß der Glaube es ist, der uns vereint, daß er die Be-
„dingung Ihres Bestandes ist: denn jetzt erst verstehe ich es
„auch, welche hohe Bedeutung die Ehe als Sakrament der
„Kirche in sich trägt.

„Wenn Alles, was die Kirche dem Menschen gibt, vor
„meiner Seele steht, und ich mit staunender, immer steigen-
„der Bewunderung die Größe, die Gnade, die Schönheit
„dieser göttlichen Schöpfung für das Heil der Menschheit
„betrachte, so ergreift mich ein Schauer, daß ich so lange
„so Manches durchgerungen und erstrebt habe, ohne dies
„Heil zu erkennen. Es kommt mir jetzt vor, als sei es
„kaum möglich an der Wahrheit vorbeizugehen, um der

Ein Vermächtniß.

Original-Novelle von E. Knappfuß.

(Fortsetzung.)

41)
Die Männer schritten einigemal schweigend den Weg des Gar-
tens, in dem sie sich befanden und der zur Wohnung des Pro-
fessors gehörte, auf und ab.

„Wenn bei Ihnen Wissenschaft und Glauben in Zwiespalt
gerathen, was würden Sie thun?“ fragte nach einer Weile der
Geheimrath.

„Im Lichte des Glaubens das Wissen, welches ihm wider-
strebt, als ein Irrthum verwerfen.“

„Das ist leicht gesagt und wie schwer gethan!“ warf Lingen-
feld ein.

Der Professor blieb vor ihm stehen und erwiderte: „Es ist
kaum ein Jahr her, ich hatte ein Werk geschrieben und darin
Sätze aufgestellt, die mir wie ein Fortschritt vorkamen, ich möchte
sagen, wie eine Wissensunterlage für den Glauben; ich hatte eine
große Liebe für dies mein Geisteskind, es gefiel mir, und ich
glaubte, es werde auch Andern gefallen; aber mir wurde die
kirchliche Genehmigung dafür verweigert. Meine geistlichen Obern ge-
ben dem Werke in dieser Fassung nicht die Approbation.“

„Und was haben Sie gethan?“ fragte der Geheimrath ge-
spannt und lebhaft.

„Ich habe mein Kind verbrannt!“ erwiderte der Profes-
sor frohlich.

„Unmöglich, unmöglich!“ rief Lingenfeld und seine Augen
sprühten entrückte Erregung. „Nein, es ist nicht möglich,
der denkende, freie Mann kann nicht die Fesseln solcher Knecht-
schaft tragen!“

„Knechtschaft? O nein, ich that es ganz frei, es war so zu
sagen die Frucht wirklicher, echter Freiheit! — Das ist die Frei-
heit meiner Freiheit, dem ewigen unfehlbaren Geleße Gottes un-
terworfen zu sein.“

Der Professor sah, während er dies sagte, sehr frei, sehr
kraftvoll, sehr männlich aus.

Er fuhr fort: „Was ist unser Wissen? wie klein, wie wenig,
wie beschränkt! Kein Ganzes, nur hin und wieder ein Lichtkeil,
ein Strahl der Wahrheit! Ein Wissen ohne Allwissenheit verdient
kaum den Namen Wissenschaft, da es immer nur Stückerl,
Bruchstück bleibt. Und was sind wir selbst, was ist der Mensch?
ein sich selbst unbekanntes Wesen, gebunden an die Erde, auf-
strebend zum Himmel! Mit seinen Gedanken die Welt, das Uni-
versum umfassend und unermüdet in das Geheimniß der näch-
sten Minute zu dringen! Mit geistiger Begabung den Lauf der
Sterne berechnend und unfähig dem eigenen Leben auch nur
einen Augenblick zu geben, abhängig von jedem äußern Zufall!

Ein Stoß, ein Schlag, ein Fall ist hinreichend, ihn geistig und
körperlich zu verletzen, ja zu tödten, was den Körper betrifft.
Ein solches Wesen besitzt nicht aus sich die göttliche Eigenschaft
der Unsterblichkeit, weder in der Wissenschaft, noch in der That,
noch im Willen oder Können. Wie lange, wie lange würde
sonst Hüße für irdische Noth durch menschliche Mittel gefunden
und erfunden sein! Und wie das Resultat der menschlichen
Mittel in ihrer Unzulänglichkeit für das materielle Leben
uns sichtbar entgegentritt — so ist es das Resultat unseres
menschlichen Erkennens in geistigen Dingen ebenfalls, nur
unsichtbar.“

Lingenfeld seufzte auf und sagte tief traurig: „So ist es.“
„Und darum mußte der dennoch mit Verstand begabte Mensch
eine andere Quelle als die menschlichen Streben suchen, um
den großen, herrlichen Anlagen seines Geistes zu genügen — er
muß nach dem Streben — Der er nicht ist — nach Gott!“

„Wie das Sonnenlicht die Finsterniß durchleuchtet, die Erklarung
erwärmt und belebt und das im Schooße der Erde, in sich
ohnmächtig, — der Verwesung hingebene Samenfeld zum
Fruchtkeim entwickelt — so entwickelt Gott den Menschen, der
Schöpfer sein Gedächtniß in den Lichtmassen, in dem Wärmestrahle
seiner Offenbarung.“

„Diese Entwicklung des Menschen, die richtige Verwendung
seiner Anlagen und Kräfte geschieht eben so wenig in richtiger Weise
durch menschliche Mittel, als ein angezündetes Feuer die Wurzeln
der Sonne in der Natur erzeugen könnte, — es belebt und be-
fruchtet nicht, — es zerstört. Die Geistesperson ist Gott allein —
in Ihm, in seiner Ausstrahlung allein ist Licht und Wärme für
Wachsthum und Fruchtthum.“

„Nicht Wissen, nicht Reichthum, nicht Ehre, nicht Freiheit und
Gleichheit im Sinne jener Volkserklärer sind die Heilmittel für
die todtkranke Menschheit, sondern das Wort Gottes, Seine Of-
fenbarung in den Lehren des Christenthums — die uns Erge-
bung, Ruhe, Frieden in den Leiden des Lebens mittheilen, uns
ermuntern und befähigen zur Erfüllung unserer allgemeinen und
besonderen Pflichten, in wohlgeordneter Selbst- und Nächsten-
liebe. Wie anders würde dann das Angeficht der Erde sein
— eine Rückspiegelung der Seligkeit des Himmels schon im
Thale der Thränen — Heimatstille während der Pilgerfahrt
des Lebens!“

„Und warum ist es nicht so?“ fragte schwermüthig der Rath.
„Das kleine Wort, welches der Schlüssel zum Heilsvorath
der Menschheit ist, heißt Gehorsam — das Opfer des Hoch-
muths muß gebracht werden um den Schatz zu heben, der schon
hier auf Erden alle Armuth reich macht, alle Noth lindert, alles
Leid beseitigt; aber man scheut das kleine Opfer, man verschmäht
die Herrschaft Gottes, wegen der Knechtschaft der Leidenschaften.
Ja mein Freund, „Opfer“ ist ein inhaltsschweres, großes Wort.

Fraktionen anerkannt, daß nach Lage der Finanzverhältnisse des preussischen Staates die Staatskasse diese 14 Millionen nicht entbehren könne; der Ausfall müsse durch eine Anleihe, also durch Schulden gedeckt werden. Nun glaube man doch schwerlich, daß der geringste Urwähler nicht begreifen könne, daß Geschenke nur aus eigenem Vermögen, nicht aus dem von anderen, d. h. aus Schulden, gemacht werden dürfen, und man könne mit Ruhe der Entscheidung der aufgeregten liberalen Wähler entgegensehen; diese verlangten, daß der Regierung verweigert werde, mit einem gewagten Experiment die alibewährte Finanzpolitik des preussischen Staates zu verlassen und den Weg des Schuldenmachens zu Erleichterung von Lasten zu betreten, die den einzelnen wenig drückten. Die preussischen Finanzen seien nicht in der Lage, daß ihr Gleichgewicht ohne Gefahr durch Förderung des Bestehenden gestört werden dürfe. Wenn sich die Regierung auf die Steigerung des Ertrags der indirekten Steuern nach den Abschlüssen der letzten Monate beriefe, welche seit der Einbringung der Vorlage wahrgenommen worden sei, so stehe dem die bestimmte Aussicht auf eine Erhöhung der Matrikularbeiträge in mindestens gleicher Höhe gegenüber. Zur Verhinderung und Preisgebung von Steuern könne weder die jetzige finanzielle Lage, noch die Aussichten unserer wirtschaftlichen Zukunft geeignet erscheinen. Feststehende Steuern dürften dauernd nur dann preisgegeben sein, wenn der Nachweis geliefert werde, daß anderweitige Deckung unzweifelhaft vorhanden sei. Dieser Nachweis sei nicht geliefert; die Regierung verweise für die Deckung auf eine Anleihe und die Verantwortlichkeit dafür möchten diejenigen Parteien tragen, welche mit den Finanzen des Staates auf die Gefahr von deren Zerrüttung, Wohlpolitik zu treiben für richtig erachten.

Alle diese Bemerkungen treffen auch den von der Regierung zuerst vorgeschlagenen einmaligen Steuererlaß, und doch haben für diesen die nationalliberalen Mitglieder der Budgetkommission gestimmt!

Der Reichsbote bringt in seiner Sonntagsnummer aus der Feder eines pensionierten protestant. Officiers ein Stimmungsbild aus der Rheinprovinz, worin die Stimmung des katholischen Volkes am Rheine eingehend geschildert wird. Der Verfasser schreibt u. A., daß das kath. Volk treu auf seinen kath. Grundsätzen beharre, dabei aber sehr loyal sei und „mit ungeheurer Vorliebe gerade von der Person des Kaisers Gerechtigkeit, Heil und Gnade im Culturkampfe erwartet und erbittet.“ Der Verfasser glaubt dies besonders bekräftigen und hervorheben zu müssen. Im Culturkampfe seien viele Maßregeln anders, als sie oben gemeint gewesen, „in den unteren kronenordenlustigen Executivsphären zur Ausführung gelangt.“ Er tadelt die Conservativen, daß sie im vorigen Jahre den vom Kaiser gewollten Bischofsparagraphe dem Kultusminister nicht hätten durchbringen helfen, und meint, daß es den besten Eindruck auf das katholische Volk mache und das Mißtrauen von neun Millionen verschwenken würde, wenn die Regierung auf den Antrag Windthorst einginge. Es sei sonnenklar, so fährt der Verfasser fort, daß ohne das Centrum, ohne die thätige und volle Mitwirkung des katholischen Volkes die großartigen und segensprechenden Wirtschaftspläne des Reichsfanzlers im Anlauf stecken bleiben werden trotz Steuererlaß und trotz Bennisgen. Seinen protestantischen Freunden ruft er zu: Betrachtet den Antrag Windthorst vorurtheilsfrei! Sehet zu, daß es möglich wird, unseren katholischen Mitbürgern ihre freie Religionsübung wieder zu verschaffen! Mehr als alle Waagefege sei „die Liebe des freien Mannes zu seinem Herrscherhause“ in Betracht zu ziehen. So der rheinische Correspondent des Reichsboten. — Wenn nur die officiöse Warnung für die Conservativen nicht bestände!

— Zölle und Verbrauchssteuern sollen bis Ende 1880 fünfundsiebenzig Millionen mehr betragen,

„Lage nachzujagen, neben der rettenden Arche zu schwimmen und dem Untergange ohne Aufstehen in den Stürmen und Stürmen der Welt Preis gegeben zu sein, ohne Halt in sich, noch in ihren schwankenden wogenden Wellen zu finden. Ach und wie Viele thun dies, möge der Herr ihnen die rettende Hand wie mir senden. Wie wollen wir dankbar sein in so sicherer Geborgenheit unser Heil wirken zu können, und so viel es in unseren Kräften steht, es auch Andern mitzutheilen. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie glücklich es mich macht, hoffen zu dürfen, in Ihnen fortan eine treue Gefährtin meines Lebens zu haben; aber noch glücklicher macht mich der Gedanke, daß wir leben, lieben, ringen, arbeiten, ja sterben wollen in beständiger Treue gegen die Gebote und Lehren der Kirche, um im Empfang und in treuer Mitwirkung mit ihren Gnaden, schon hier auf Erden das verlorene Paradies als geberisame Gotteskinder wiederzufinden. Ja es ist Paradieses Seligkeit, was mit die Seele durchzieht und durchglüht in unendlicher Dankbarkeit gegen Gott, der Sie — und durch Sie die Wahrheit mir gegeben.“

Die Rückantwort brachte dem Geheimrath in wenigen und doch vieljagenden Worten das einfache Ja auf seine nochmals wiederholte Bitte um Elisabeths Hand. Damit war seine künftige Lebensrichtung auch in weltlicher Beziehung gewiesen. Er beschloß ohne längeres Zögern, seinen Abschied aus dem Staatsdienste zu nehmen und ganz nach Lingenfeld überzusiedeln, um dort in kleinem Kreise nach Pflicht und Gewissen zu wirken, was bei der Zeitrechnung in seinem bisherigen Amte nicht möglich war. Auf dem Lande, als reichlicher Grundbesitzer und Gutsherr boten sich ihm in gar vieler Beziehung Aussichten dar, wirklich Gutes bewahren, anbahnen und stiften zu können. Ehe er jedoch die Reise in die Residenz antrat, um dort seine Angelegenheiten zu ordnen, konnte er es sich nicht versagen, wenigstens für einige Tage nach Lingenfeld zu reisen, um auch dort gar manche Vorlesung und Anordnung zu treffen, mit Herrn Dahlfeld zu besprechen und besonders Elisabeth wiederzusehen und auch ihren Wünschen für ihr künftiges Leben Rechnung zu tragen. (Fortf. folgt.)

so daß eine Erhöhung der Matrikularumlagen dadurch verhindert werden könnte.

Die „Norddeutsche“ schreibt, daß die jetzigen Redereien der Irredentisten unter der Firma Garibaldi's keine andere Erklärung finden, als den Glauben der Irredenta, daß es zu einem Herwärtz zwischen Oesterreich und Rußland komme, daß ein solches vielleicht durch ein bewaffnetes Unternehmen Garibaldis gezeitigt werden, und die Italiener dabei ähnliche mühevolle Ernte wie im Jahre 1870 machen würden; eine Action der Irredentisten auf italienischer Seite würde auf dem Gebiete der Realpolitik die Italiener zum Freunde bringen, ohne ihnen neue zu gewinnen. Die italienische Regierung sollte dazu mitwirken, diese am Friedenshorizonte aufdringende Wolke zu zerstreuen.

Ueber die Stellung, welche der Liberalismus zum Antrag Windthorst einnehmen müßte, spricht sich die „Freisinnige Correspondenz“ in folgender Weise aus: „Die Germ.“ nennt den Antrag einen Appell an die Billigkeit und Friedensliebe und beschwert sich bitter darüber, daß dieser Appell zurückgewiesen werden könnte; man wolle die Noth des katholischen Volkes bis zum Rande der Verzweiflung sich steigern lassen, um die Früchte einzuharsten, welche die falsche Berechnung sich von dieser Härte verspricht. Das ist in der That des Pöbels Kern. Wer da offen bekennen wollte, daß auf seiner Fahne die Worte: Glaubenshaß und Intoleranz stehen, der mag sich für die fernere Erhaltung des Culturkampfes interessieren, der muß aber, wenn er ehrlich sein will, verzichten auf die fernere Führung des Namens eines Liberalen. Falsch, es gibt keinen entschiedenen und offenen Gegner der Hierarchie wie den entschiedenen Liberalismus; aber diesem muß der Culturkampf ein General sein, selbst wenn der Zweck dieses letzteren auch kein anderer ist wie eben die Bekämpfung der Hierarchie, denn der entschiedene Liberalismus hat kein Verständnis für den diplomatischen (wir sagen mit Absicht nicht jesuitischen) Spruch, daß der Zweck das Mittel heiligt. Ein unlautes Mittel aber ist, vom liberalen Standpunkt betrachtet, die Beschränkung verfassungsmäßig garantirter Rechte, um folgergestalt einem an und für sich erstrebenswerthen Zwecke zu dienen. Will der Antrag Windthorst nun der Anwendung dieses Mittels für die Zukunft vorbeugen, so sollte man meinen, daß es in erster Linie die Liberalen sein müßten, welche dem Antrag Windthorst zustimmen, um so mehr, wenn sie selbst bei der Hervorbringung eines illiberalen Mittels in den liberalen Kampf die Hände leider nicht rein gehalten haben. — Unsere Liberalen sind eben nicht, was dieser Name besagt!

Oesterreich.

Wien, 24. Jan. Der Cardinal Ruzscker ist von einem Schlaganfall betroffen worden; sein Zustand ist bedenklich. Die ganze rechte Seite ist gelähmt und der Zustand des Kranken sehr bedenklich. Das traurige Ereigniß erregt die allgemeinste Theilnahme. Kaiser Franz Joseph hat wiederholt, selbst spät Nachts, Nachfragen geschickt.

Schweiz.

Bern, 20. Jan. Ein merkwürdiges Zeichen der Zeit hat der „Nöln. Volksztg.“ zufolge die kürzlich abgehaltene Volkszählung im Canton Zürich an's Licht gebracht. Eine ansehnliche Anzahl von Volksschullehrern, besonders in den Außengemeinden der Stadt Zürich, haben sich als confessionslos in die Zählerlisten eingetragen und einige radicale Heißsporne haben sogar die Gelegenheit benutzt, sich geradezu als „religionsfeindlich“ einzuzichnen. Von 4 Seminarien, die doch in Staatsanstalten unterhalten und ausgebildet werden, trugen sich zwei als Atheisten, einer als Panteist und der vierte als Laie in die Listen ein. Was wird das für eine Jugend werden, die solchen Jugendbildnern übergeben wird!

Italien.

Rom, 15. Jan. Das deutsche Colleg, welches so schnell seinen neuernannten Rector, den vortrefflichen P. Spalini, verloren, ist, dem „Wstf. Merk.“ zufolge, von einer unerwarteten Maßregel betroffen. Da nämlich der Rector, der plötzlich am Herzschlage starb, an den Platten erkrankt war, so schloß die städtische Behörde die Vorlesungen zur Verhütung von Ansteckung auf 14 Tage. Ein zweiter Verlust droht demselben Colleg, da der in Deutschland als Missionär weithin bekannte P. Wertenberg schwer erkrankt und bereits mit dem hl. Sterbesacramenten versehen ist; er leidet an einem Magengeschwür, das durchgebrochen ist. Dazu kommt ein harter Schlag, welcher in nächster Zeit erwartet wird. Die italienische Regierung will den Grundbesitz der Villa St. Pastore, welche den Alumnus zum Herbstaufenthalte dient, zwangsweise verkaufen und in Renten umwandeln.

Rom, 17. Januar. Man schreibt von hier der „Germ.“: Der Cardinal-Staatssecretair Jacobini machte am vorigen Freitag seine Aufwartung bei den russischen Großfürsten, die ihm am Mittwoch, gleich nach der päpstlichen Audienz, einen Besuch gemacht hatten, wie alle Personen von hohem Range zu thun pflegen. Dieser Gegenbesuch, der sonst gewöhnlich sofort erfolgt, war auf Wunsch der Großfürsten selbst verlag worden,

weil diese durch die Feier des Neujahrsfestes (alten Stils) in Anspruch genommen waren. Der h. Vater hat als Geschenk für die Großfürsten zwei kostbare Mosaikebilder bestimmt, die aus den vaticanischen Werkstätten hervorgegangen sind und von denen das eine die Sibylle von Tibur, das andere einen Korb voll Blumen darstellt. Manche Blätter ließen sich in der vorigen Woche von hier telegraphiren, daß der h. Stuhl der Petersburger Regierung Candidaten für die vacanten Bischofsstühle in Polen vorgeschlagen habe. Auf Grund zuverlässiger Erkundigungen aber kann ich diese Mittheilungen für unbegründet erklären. Die Verhandlungen zwischen dem Vatican und Petersburg sind zwar in vollem Gange, aber von Bischofsnennungen kann einstweilen noch nicht die Rede sein, da vorerst die Verhältnisse geregelt werden müssen, unter denen die zukünftigen Oberhirten ihr Amt antreten und verwalten sollen. Jedoch berechtigt die beiderseitige Stimmung zu der Hoffnung auf einen erfreulichen Ausgang.

England.

London, 24. Jan. Im Unterhause begründete Forster in 1/2stündiger Rede die Bill, welche den Vicekönig von Irland ermächtigt, jeden, den er des Hochverraths oder anderer Verbrechen, seien sie vor oder nach Erlaß des Gesetzes verübt, schuldig hält, zu verhaften und in Gewahrsam zu halten. Die Bill soll Gesetzeskraft bis 30. September 1881 besitzen, für Hochverrath auf ganz Irland, für agrarische Verbrechen und solche gegen Gesetz und Ordnung nur auf proklamirte Districte Anwendung finden. Die Annahme der Bill sei dringend, daher von der Bill über den Waffenbesitz getrennt.

Das britische Geschwader an den irischen Küsten wird durch zwei Kanonenboote verstärkt. Von Birmingham ging eine Abtheilung Kavallerie nach Smallhant ab zum Schutze der Feuerwaffenwerkstätte gegen etwaige Verwüsthungen, welche gemacht werden könnten, sich der Feuerwaffen und der Munition darin zu bemächtigen.

Dublin, 24. Jan. In dem Prozeß Barnell begann der Richter Figgard seine Ansprache an die Geschworenen und erklärte, er zweifle nicht, daß die Landliga eine illegale Organisation und daß die Theilnehmer an den unter den Ansprüchen der Liga gehaltenen Meetings einen illegalen Akt begangen. Figgard verurtheilte scharf einige auf den Meetings gehaltene Reden. Während der Rede Figgard betrat Barnell den Saal und empfing Ovationen. Die Sitzung wurde hierauf vertagt.

Rußland.

Moskau, 24. Jan. Am Sonnabend begann das Militärtribunal den Prozeß in Sachen des politischen 22 Jahre alten Verbrechers Pefarsky. Derselbe wurde gestern zu fünfzehn Jahren Zwangsarbeit verurtheilt; in Anbetracht der Jugend des Verbrechers, welcher mehr der Verführung erlegen, beschloß das Gericht, eine Strafmilderung zu 4 Jahren Verbannung an einen entfernten Ort Sibiriens beim Generalgouverneur in Moskau auszuwirken. Der Verbrecher stand in Verbindung mit Hartmann.

Zum Capitel der Befähigung kommunaler Beamten.

(Abgeordnetenhaus. 41. Sitzung vom 20. Januar. Dritte Beratung des Competenzgesetzes.)

(Schluß.)

Abg. Köhler. Wenn der Minister sagt, der § 7 sei unannehmbar, so hat er damit hoffentlich nicht sein heiliges Wort gesprochen. Der Paragraph hat den Zweck, die Materie einheitlich für die ganze Monarchie zu regeln, und das ist doch gewiß ein Vorzug. Das wesentlichste Moment gegen den Vorschlag des Abg. v. Huene ist, daß wir den politischen Streit nicht in die Selbstverwaltungssphäre hineinbringen wollen. Das war der rothe Faden, der sich durch die Verhandlungen der Commission zieht. Wenn wir in Hannover so günstige Erfahrungen mit der Selbstverwaltung gemacht haben, so verdanken wir es lediglich dem Umstande, daß wir diesen Grundsatz stets aufrecht erhalten haben.

Abg. Dr. Windthorst: M. H.! Ich habe aus den letzten Reden ein ziemlich reiches Material zur Hand und fange zunächst an mit dem, was Herr Abg. Grumbrecht gebracht hat. Wenn er zunächst Anstoß daran genommen hat, daß ich gefunden, er spreche in dieser Sache unter Rücksichtnahme auf die Regierung, so verstehe ich garnicht, wie er sich dadurch so erregen lassen kann. Einmal bin ich in der That der Meinung, daß er wesentlich der Regierungspartei in diesem Hause angehört, das ist eine ganz ehrenvolle Situation und verletzt ihn nicht. Dann aber ist es in diesem Fall für mich gar nicht zweifelhaft gewesen, daß der Antrag Köhler ein sogenannter Compromißantrag war. (Zwischenruf.) Der Colleague Grumbrecht sagt: „Nicht rühr an!“ und das hat ja insofern, jetzt nachdem der Herr Minister abweichend von der vorigen Discussion eine gewisse Opposition gegen diesen Antrag erhoben hat, etwas für sich. Das in Bezug auf diese höchst persönliche Frage. Was dann die fernere Bemerkung betrifft, daß ich in Hannover in der Lage gewesen wäre, für das Befähigungsrecht einzutreten, so habe ich einfach darauf aufmerksam zu machen, daß ich in Hannover Justizminister war, die Befähigungsfrage aber in das Ressort des Ministers des Innern gebührt, und wenn er in diesem Augenblicke nicht, in dem es kann ja sein, man kann ja nicht alles behalten, was in 70 Jahren vorkommt, daß ich auch nur einmal über das Befähigungsrecht gesprochen hätte; ist es geschähe es im Sinne der Beschränkung, und wo ich als Beamter auf die Befähigung einzuwirken gehabt habe, habe ich es immer gethan im Sinne der Befähigung, und dafür sind Zeugen hier im Hause. Diese Bemerkung hat also

aus den letzten
fange zunächst
an. Wenn er
den, er spreche
ung, so ver-
nen kann. Ein-
entlich der Re-
ne ganz ehren-
aber ist es in
daß der Antrag
(Zweifelnruf.)
und daß das ja
während von der
diesem Antrag
iefe höchst per-
g betrifft, daß
die Befristungs-
am zu machen,
stigungsfrage
örte, und wenn
ab. Ich er-
kann ja sein,
nen vorkommt,
daß gesprochen
Beschränkung,
wirden gehabt
stigung, und
stigung aber als

Minister, wenn er uns in Aussicht stellt, daß es das Zustandekommen des Gesetzes gefährden würde, dieses oder jenes anzunehmen. Wenn diese Anträge den Herrn Minister bestimmen sollten, die Vorlage zurückzuziehen, so wird mir das kein Haar krümmen. Es ist mir dann ganz recht, wenn wir beim Alten bleiben, bis Zeiten kommen, wo man verständige Gesetze, für Alle gleich und Alle berücksichtigend schaffen wird. (Bravo im Centrum.)

Minister Graf zu Eulenburg. Den Vorwurf des Abg. Windthorst, daß er sich einer Parteiregierung gegenüber befände, muß ich auf das Allerbestimmteste zurückweisen. Wenn der Redner darunter lediglich versteht, daß die Regierung eines großen Staates bestimmte politische Ziele verfolgen, so würde darin kein Vorwurf liegen; die Regierung, welche solche Ziele nicht hätte, würde ein schwandelndes Rohr sein. Die Worte des Abg. Windthorst hatten aber die Bedeutung, daß die Regierung von ihrer Machtbefugnis parteilich Gebrauch made. (Sehr richtig! im Centrum.) Der Beweis dafür ist nicht geliefert und kann nicht geliefert werden. (Widerspruch im Centrum. Beifall rechts.)

Die Debatte wird geschlossen. Persönlich protestirt

Abg. Dr. Windthorst gegen die Behauptung des Abg. Grumbrecht, daß er in Berlin anders spreche als früher in Hannover, und hält dem Minister gegenüber seine Behauptungen aufrecht, daß dessen heutige Haltung dem Antrag Köhler gegenüber im Widerspruch stehe mit derjenigen, welche er in der zweiten Lesung eingenommen habe, da er damals den Antrag für discutabel erklärt habe, wogegen er ihn heute als unannehmbar bezeichne. Seine Behauptung, daß die Regierung parteiisch sei, halte er in dem Sinne, wie er es gesagt habe, und den der Minister auch als richtig angeführt habe, vollkommen aufrecht. Der Minister habe gesagt, die Regierung eines großen Staates — auf das „groß“ komme es wirklich nicht an — müsse bestimmte Ziele haben und diese Ziele zu erreichen suchen, und in so fern sei sie allerdings Partei. Etwas anderes habe er (Redner) auch nicht behauptet. Die gegenwärtige Regierung habe das bestimmte Ziel, die Interessen, die das Centrum hier veretrete, mit Füßen zu treten; (Sehr richtig! im Centrum.) und um dies Ziel zu erreichen, mache sie, allerdings von ihrem Standpunkt und ihrer Auffassung aus, optimia fide, von dem Mittel der Befähigungsversagung gegen die Centrumpartei Gebrauch. (Sehr wahr! im Centrum.)

Abg. Febr. v. Huene empfiehlt kurz nochmals seinen Antrag, der auch für die Rechte annehmbar sein müsse, da er ja in letzter Instanz dem Minister die Entscheidung lasse, also das Recht des Staates genügend wahre.

In namentlicher Abstimmung wird darauf der Antrag von Huene mit 216 gegen 159 Stimmen abgelehnt; für denselben stimmen Centrum, die Seceffionisten und Fortschritt, gegen denselben die Conservativen, Freiconservativen und Nationalliberalen. — In einer ferneren namentlichen Abstimmung wird dagegen § 7 mit 225 gegen 147 Stimmen aufrecht erhalten; gegen denselben stimmen nur die Conservativen, die Freiconservativen und der Abg. Gneiße.

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 25. Jan. Die Zahl Derjenigen, die sich bereits um die durch das Jalliemittel Wih. Heint. Sommer vacantgewordene Lotterie-Einnahmer-Stelle beworben haben, ist eine sehr erhebliche. Wie es scheint, halten sich unsere Gönnergenossen von einer Mitbewerbung von vorneherein ausgeschlossen, weil der vom Herrn Landrathe veröffentlichte Bekanntmachung gemäß der neu argumetirende Collecteur außer in städtischer und geschäftlicher auch in patriotischer Beziehung eines guten Rufes sich erfreuen muß. Wir halten eine solche Auffassung dieser Worte der Bekanntmachung nicht für die richtige, denn es wäre doch gar zu forrennd, wenn wirklich alle guten Katholiken von der Mitbewerbung um eine solche Stelle ausgeschlossen sein sollten.

Neuß, 24. Jan. (Auszug aus der Sitzung der Handelskammer vom 13. Januar.) Anwesend waren: Heint. Toppissen, Vorsitzender, Heint. Nollens, Wih. Werbach, Jos. Bürtelen, Jaak Simons, Theod. Flemming, Louis Rheins, Christ. Schaute, Director Spülte, Franz Hoffstadt, Mitglieder der Handelskammer. — 1. Vorgelesen wird, daß gegen die im vorigen Monate gegebenen Ergänzungswahlen für die Handelskammer Einwendungen nicht erfolgt sind und demnach die Herren Theod. Flemming und Louis Rheins wiedergewählt und Herr Christ. Schaute neu gewählt worden. Letzterer wird mittelst Handschlag durch den Vorsitzenden in das Amt eingeführt und hinsichtlich der beiden ersten Herren auf die frühere Einführung verwiesen. — 2. Die Auswahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter wird vorgenommen und ergibt das Resultat, daß Herr Heint. Toppissen als Vorsitzender und Herr Heint. Nollens als Stellvertreter wieder gewählt werden. Beide nehmen die Wiederwahl an. — 3. Der Verammlung wird von den erneuerten Schritten Kenntniss gegeben, daß im Interesse der Deliniduittr und der Deliaat-Cultur der Zoll von 6 Mark pro 100 Kilo auf alle einzuführenden Mineralien ohne Unterschied der Verwendung gelegt werden möge. — 4. Von der Kammer wird ein an die Königl. Direction der Rheinischen Eisenbahn beförderter Antrag in Betreff schleuniger Abstellung von eingelaufenen Beschwern wegen der An- und Abfuhr der Güter gutgeheißen. — 5. Ceworden Maßnahmen hinsichtlich der Veregelt der Schiffe in den Treuzen gebracht, das desfallige Vorgehen jedoch zunächst den betreffenden Interessanten überlassen.

Steele, 25. Jan. Gestern Nachmittag, so berichtet man des „Ess. Bzg.“, tummelte sich Jüng und Alt auf den Eisbahnen der Ruhr umher, sogar ein mit einem Pferde bespannter herrschaftlicher Schlitten aus Schalle machte es, von hier aus die Ruhr passieren trotz der Warnung des Fährmannes, auf den lustigen Tzassen nicht zu hören schicken. Um 6 Uhr Abends wurde abson das Fahren der Ruhr vollständig verbinert, da das Eis noch nicht fest genug befunden war. Als gegen 9 Uhr von Jüng Leute mit dem Schlitten zurückkehrten, rief ihnen der Fährmann warnend zu und fuhr denselben mit der Ponte entgegen, um sie überzufahren. Einer der Reisenden nahm sich die Warnung zu Herzen, wogegen der andere mit dem Schlitten die gefährliche Bahn beschritt. In der Mitte der Ruhr angekommen brach das Pferd plötzlich ein, wogegen der Schlitten zum Glück bängen blieb und der Reiter so mit dem Leben davon kam. Es blieb nichts übrig, als dem sichnenden Pferde die Stränge durchschneiden, worauf dasselbe in den Fluthen verschwand.

Das Pferd soll geliehen sein zu der Lustpartie und wird der Schaden auf 500 Mark angegeben; außerdem wird dem Todesverdächtigten wohl noch der Strafdirer übel mitspielen.

Aus **Hannauhausen**, 21. Jan., schreibt man dem Rhein. Courr.: „Noch sind die Wunden, welche uns der vorigjährige Eisgang geschlagen hat, nicht vernarbt und wir leben schon wieder einer solchen Katastrophe entgegen. Bange Sorge erfüllt schon wieder die Herzen, da sich das Eis bei der Loreley gestellt hat, bis Obermelsel feststeht und bei der herrschenden strengen Kälte schnell weiter zum Stehen kommt. Die für uns so verderblichen Krippen sind so fest zugefroren, daß bei einem Aufgange des Rheines diese sich nicht mit öffnen, sondern für das linke Ufer, wo kein Ort und kein bebautes Feld liegt, eine Schutzwehr bilden, uns aber dadurch das Verderben bringen. Denn welcher Ort kann viele solcher Schläge, wie den Schaden von 155 000 Mk., den wir durch den vorigen Eisgang erlitten haben, ertragen, ohne an den Rand des Abgrundes gebracht zu werden? Als wir uns um Unterstützung an die königliche Regierung wandten, wurden wir abschlägig beschieden mit dem Bemerken, daß für die Zukunft ähnlichem Unglück vorgebeugt werden solle; aber jetzt ist nichts geschehen, und doch kann uns dasselbe Unglück in ein paar Tagen schon wieder ereilen.“

Wochau, 22. Jan. Den andauernden Rückgang der Erwerbsverhältnisse in den Städten der Mark kann man am besten an dem fortwährend steigenden Etat der Armenverwaltung zu studiren. Für das Rechnungsjahr 1881/82 weist der Etat für unsere Stadt im Vorausschlage eine Steigerung von nicht weniger als 24 500 Mark nach; dergleichen balancirt nämlich in Einnahme und Ausgabe mit 133 300 Mark, wovon der städtische Zuschuß mit 104 700 Mark den größten Theil decken muß. Im vorigen Etatjahre betrug das Budget der Armenverwaltung 108 000 Mark und der Zuschuß aus der Stadtasse 90 000 Mark; der städtische Zuschuß erbringt sich also für das nächste Jahr um nicht weniger als 14 700 Mark. Bei einer Seelenzahl von 33 432 Bewohnern hat in unserer Stadt also Jedermann durchschnittlich zu den Kosten der Armenverwaltung für das nächste Jahr den Betrag von 3 Mark 13 bis 14 Pf. beizufleuern.

Bermischtes.

Gleiwitz, 21. Jan. Die hiesigen Katholiken sind in großer Aufregung. Am 21. April v. J. starb der hiesige Pfarrer Rühne. Derselbe hatte schon seit mehreren Jahren wegen Kränklichkeit die seelsorgerische Thätigkeit aufgegeben und sich in eine Privatwohnung zurückgezogen, nachdem er mit Genehmigung der bischöflichen Behörde die Verwaltung der Pfarrei seinem Oberkaplan Viernadt übertragen hatte. Dieser wurde als Pfarramministrant von der bischöflichen Behörde bestätigt. Das Gedächtniß des verstorbenen Pfarrers. Nun fällt es auf einmal dem Magistrat der Stadt Gleiwitz, welcher die Patronatsrechte über die katholische Pfarrei besitzt, ein, die Pfarrstelle als zu belegen auszusprechen. Die katholischen Blätter, denen das Insuper zur Aufnahme zugedacht wurde, haben dessen Aufnahme natürlich verweigert. Gleiwitz ist zu acht Zehntel katholisch, gleichwohl besteht der Magistrat nur aus Juden und Protestanten. Das Vorgehen des Magistrats hat um so größeres Versehen erregt, als Viernadt schon seit mehr als zwanzig Jahren in der hiesigen Gemeinde mit Erfolg gewirkt und sich während der Cholera-Epidemie 1867 und ferner um das hiesige Waisenhaus, für das Beiträge sammelte, er ganz Deutschland, Frankreich und Belgien durchwanderte, große Verdienste erworben hat.

Zingstalt, 20. Jan. Der „Frankl. Tagespost“ wird geschrieben: Den Berichten verschiedener Sitzungen aus Worms, Breslau u. s. w. über die Beaufichtigung des Briefverkehres der Soldaten kann von hier aus beigefügt werden, daß es in hiesiger Garnison, mindestens beim 10. Regiment, eben so gehalten wird. Alle Pakete, die an Soldaten anlangen, kommen zum Feldwebel und müssen in dessen Beisein geöffnet werden. Ebenso werden die Briefe, wenn auch nicht geöffnet, so doch von außen visitirt, ob sie keine Druckschriften enthalten. Ein Soldat vom 10. Regiment, dessen Eltern ihm kürzlich ein paar Socken in eine Fr. Tagespost eingepackt, geschickt hatten hätte fast Unannehmlichkeiten bekommen, weil er von dem Empfangen dieser Zeitung nicht Anzeige erstattete.

— Zr. heiteren Mißverständnissen in einer Gerichts-Verhandlung führte dieser Tage in Wien das Verhör zweier Proceßgegner, die sich durch höchst curiose Namen auszeichnen. Die Vernehmung zweier Arbeiter, welche sich einander auf Ehrenbeileidung verlagten hatten, gestaltete sich folgendermaßen: Richter (zum Angeklagten): „Wie heißen Sie?“ — Angeklagter: „So.“ — Richter: „Das ist eine unziemliche Antwort. Ihren Namen will ich wissen.“ — Angekl. (eherbietig): „So heiß ich.“ — Richter: „Wie?“ — Angekl.: „So ist mein Name, Johann Sob, S...o...b...b.“ — Richter: „Ach so; ein eigentümlich Name. (Zum Kläger:) Und wie heißen Sie?“ — Kläger: „Ja.“ — Richter: „Sie brauchen noch nichts zu bejahen oder zu verneinen, sondern sollen vorerst Ihren Namen angeben.“ — Kläger: „Ja.“ — Richter: „Nun?“ — Kläger: „Nun, Ja Karl.“ — Richter: „Sie werden doch nicht Karl allein heißen?“ — Kläger: „Bitte, ich sagte schon, Karl Ja. Karl ist mein Vorname, J mein Zuname.“ — Richter: „Ja? Dier Name ist mir wahrhaftig auch noch nicht vorgekommen.“ — Der Richter bemüht sich hierauf zwischen Ja und Sob einen Ausgleich zu Stande zu bringen, was ihm auch gelang, obgleich die beiden Gegner nicht einmüthig waren, wie ihre Namen, sondern ordentlich für ihr Theil sprachen.

Fruchtpreise zu Regensburg am 26. Januar.

Weizen	1. Qual.	22 10	Haber	14
	2. "	21 10	Rüben (Koele)	—
	3. "	—	Raps 1. Qual.	27
Landroggen	1. Qual.	20 80	" 2. Qual.	25
	2. "	19 90	Kartoffeln	5
Winter-Berke	1. Qual.	16 30	Heu	10
Schweizen 1. Qual.	19	—	Weggenstroh per Schock	4 600 Kio. 42
2. "	18	—		

Preise unverändert.

Rübsl per 100 Kilo in Partbeien von 100 Str. 59
 Rübsl per 100 Kilo lahmweise 61
 Vereinigtes Del per 100 Kilo 3.— W. Höfer als Rübsl.
 Preistagen per 1000 Kilo 155
 heißen Vorzug 00 per 100 Kilo 32
 Kien per 50 Kilo 5
 Rübsl und Ruchen unverändert.

